

Resolution

Die historische Verantwortung tragen - Dem Rechtsradikalismus konsequent entgegenzutreten

Der 8. Mai – ein Tag für Demokratie und Menschenrechte

Am 8. Mai 1945 setzten die alliierten Militärkräfte der barbarischen Nazi-Diktatur ein Ende. Über 60 Millionen Menschen kamen im Zweiten Weltkrieg ums Leben. Die Verfolgung und Ermordung von Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Christen stellt einen Zivilisationsbruch der Moderne dar.

Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und er wird daher in der deutschen Geschichte für immer ein Tag des Gedenkens, der Erinnerung und der Besinnung über die Opfer von Faschismus und Krieg bleiben.

Mit aller Entschiedenheit treten wir jedem Versuch der Geschichtsklitterung und der Verharmlosung der Nazi-Verbrechen entgegen.

Vergessenwollen und Umdeutungen verlängern die geschichtliche Schuld.

Wir rufen alle demokratisch gesinnten Bürgerinnen und Bürger dazu auf, durch die Teilnahme an Gedenkfeiern, friedlichen Demonstrationen und Festen der Völkerverständigung ein sichtbares Zeichen gegen Rassenwahn und übersteigerten Nationalismus zu setzen.

Der Auftrag der Geschichte heißt Erinnerung.

Der Auftrag für die Zukunft heißt: dieses Grauen darf sich nie wiederholen!

Rechtsradikalismus bekämpfen

Rechtspopulismus und rechtsradikale Wahlerfolge gibt es nicht erst seit dem Einzug entsprechender Parteien in Parlamente in den neuen Ländern. Der Rechtsextremismus ist kein spezifisches Ostproblem, auch wenn die strukturelle Verfestigung rechtsextremer Milieus in manchen Regionen in den neuen Bundesländern besorgniserregend ist. Rechtsradikale Wahlerfolge hat es in verschiedenen Landtagen in den alten Bundesländern gegeben. Ende der sechziger Jahre war die NPD für eine Legislatur auch im niedersächsischen Landtag vertreten. Gegenwärtig hat sich die NPD in Niedersachsen strategisch neu aufgestellt und ein Nachwuchskonzept entwickelt. Frech und ungeniert werben Jungnazis an Schulen und versuchen über kostenlose CD-Verteilung neue Mitglieder zu rekrutieren.

Gleichzeitig hat der bundesweit bekannte Neonazi Jürgen Rieger in Dörverden ein ehemaliges Bundeswehranwesen gekauft und plant dort den Ausbau eines Schulungszentrums.

Mit allen rechtsstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Mitteln muss verhindert werden, dass sich in Dörverden ein neues rechtsradikales Zentrum entwickelt. Die NPD, die gewaltbereiten Kameradschaften und andere neonazistische Gruppierungen sind eine Bedrohung für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie.

Wir solidarisieren uns mit der bunten Protestbewegung gegen die Rechtsradikalen im Raum Verden und rufen zu weiteren Kundgebungen und Aufklärungskampagnen auf. Hoffnungsvoll stimmt uns das starke jugendliche Engagement gegen Rassismus und nationalen Größenwahn.

Doch Protest und Demonstrationen reichen nicht aus, um den Rechtsextremismus wirksam zu bekämpfen. Auch der Staat ist aufgefordert mit allen rechtsstaatlichen Möglichkeiten den Rechtsextremismus einzudämmen. Die Antwort auf Neofaschismus darf allerdings nicht allein Polizei und Verfassungsschutz lauten. Repressive Maßnahmen sind nötig, aber sie bekämpfen das Übel nicht an der Wurzel.

Mit mehr Bildung die Demokratie stärken

Die Stabilisierung und das offensive Auftreten der NPD und ihrer Verbündeten zeichnete sich lange ab. Die fatale Antwort der niedersächsischen Landesregierung auf diese bedrohliche Entwicklung war die Schließung der Landeszentrale für politische Bildung, die mit ihrer präventiven Bildungsarbeit kleine aber effektive Projekte gegen Rassismus und für Völkerverständigung unterstützt hat. Diese Entscheidung war falsch und hat dem Kampf gegen Rechtsextremismus in Niedersachsen geschadet.

Es gibt kein Patentrezept gegen jene, die Demokratie und Rechtsstaat bekämpfen. Für demokratische Überzeugungen, für Menschen- und Minderheitenrechte muss in einer Gesellschaft immer wieder gerungen werden. Die Auseinandersetzung mit Demokratieverächtern und Volksverhetzern muss auf allen Ebenen geführt werden und ist eine politische Daueraufgabe. Aufklärung, politische Bildung, Jugendarbeit, Opferschutz und Medienpädagogik sind genauso wichtig, wie Chancengerechtigkeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Unsere Bildungsinstitutionen müssen eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung entwickeln, damit Kinder gegen menschenverachtendes Gedankengut immun werden.

Für eine starke und lebendige Demokratie – für ein starkes demokratische Bündnis gegen Rechts

Bündnis90/ Die Grünen stehen für eine starke, lebendige und vielfältige Demokratie. In der Auseinandersetzung mit Rassismus und Gewalt sind alle Demokraten gefordert. Der öffentliche Raum darf nicht unwidersprochen den neonazistischen Hetzern überlassen werden.

Der 8. Mai muss ein Tag für Demokratie, Frieden und Menschenrechte bleiben.

Wir rufen alle Menschen auf, an diesem Tag ein deutliches Zeichen für Völkerverständigung und Versöhnung zu setzen.